

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

## Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht  
und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 3 Mark ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postfachkonto: Leipzig 12548.

**Anzeigenpreise:** Sechsgelapptene Korpuszeile 20 Pfg., außerhalb der Amtshauptmannschaft 25 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) 70 bzw. 75 Pfg. — Eingeladene und Reklamen 70 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 269

Sonnabend den 22. November 1919

85. Jahrgang

### Fleischversorgung.

Auf die Woche 17. bis 23. November 1919 kommen 100 Gramm **Frischfleisch** oder **Wurst** für Personen über und 50 Gramm für Kinder bis zu 6 Jahren auf sämtliche Marken O der Reichsfleischkarte zur Ausgabe.

Dippoldiswalde, am 20. November 1919.

Nr. 1938 Rob. III.

Der Kommunalverband.

### Butter-Zuteilung.

Für die laufende Woche beträgt die auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung entfallende Fettration 90 g (50 g Butter und 40 g Margarine).

Druckmaschinen für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl Jehne.

Der Preis beträgt:

für 50 g Butter: 60 Pf.; für 40 g Margarine: 42 Pf.

Dippoldiswalde, am 20. November 1919.

Rob. III.

Der Kommunalverband.

### Geschäftszeit im Rathaus.

Zwecks Ersparnis von Kohle und Licht und um der Einwohnerchaft die Erledigung von Geschäften während der Mittagszeit zu ermöglichen, wird die **allgemeine Geschäftszeit** der städtischen Verwaltungsstellen von **Montag den 24. November 1919 ab, auf 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr, Sonnabends bis 3 Uhr nachmittags** festgelegt. Davon sind für den öffentlichen Verkehr an allen Wochentagen die Stunden **8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags** bestimmt.

Dippoldiswalde, den 16. November 1919.

Der Stadtrat.

### Oertliches und Sächsisches.

**Dippoldiswalde.** Wie aus dem amtlichen Teile hervorgeht, werden von Montag den 24. November ab, dem Borgehen der übrigen Behörden folgend, auch für die Geschäftsstellen und Kassen im Rathaus hier die Dienststunden auf die Tagesstunden von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags (Sonnabends bis 3 Uhr) gelegt. Für den öffentlichen Verkehr sind die städtischen Geschäftsstellen und Kassen von Montag ab an allen Wochentagen nur noch von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet. Bis 1 Uhr deshalb, um der Bewohnerchaft Gelegenheit zu geben, Ämter-, Steuer- und Sparkassengeschäfte auch in den Mittagsstunden zu erledigen. Im übrigen soll die Einziehung von Ersparnissen an Kohle und Licht bringen.

— Heute Freitag abend findet im Sternsaal der Vortrag des Herrn Generalsekretär Watzsch mit dem Thema: „Die wirtschaftliche Lage des Handwerks“ statt. Wir möchten alle Angehörigen des Handwerks wie sonstige Interessenten auf diesen Vortrag nochmals aufmerksam machen.

— „Meine kleine beliebene Frau“ ist der Titel des heute Freitag abend zur Ausführung kommenden Spiels. Die Vorstellungen des Baummannschen Ensembles sind bisher stets so vorzüglich gewesen, daß es kaum noch eines Hinweises bedarf, um ein volles Haus zu schaffen.

— Im Jahre 1894, also vor 25 Jahren, betrug der **Kaiserpacht** 1250 M. Damals stand der Saal noch für Vergnügungen zur Verfügung.

— Am 1. April 1920 kommen die 6. und die 9. ständige Lehrertelle in Glaschütte zur Erledigung (die 9. unter Vorbehalt ministerieller Genehmigung). Kollator: Der Stadtrat zu Glaschütte. Einkommen: Gehalt im ersten Dienstjahre (bez. 26. Lebensjahr) 2400 Mark, steigend durch je einmal 300 Mark aller zwei Jahre und dreimal 300 Mark aller drei Jahre bis zum Höchstgehalt von 5100 Mark, dazu **Wohnungsgeld** für Ehegattin 600 Mark, für ledige 300 Mark. Außerdem die gesetzlichen Teuerungszulagen und eine Ausgleichszahlung von 100 Mark monatlich. Für eine Stelle kommen Bewerber mit Eignung zur Erteilung von Turnunterricht in Frage. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sind bis 6. Dezember 1919 an den Stadtrat zu Glaschütte zu richten.

— Am kommenden Totensonntage findet in allen deutschen evangelischen Landeskirchen eine allgemeine Trauerfeier zum Gedächtnis der im Kriege Gefallenen statt. Hier in Dippoldiswalde sind alle Vereine zu dieser Feier besonders eingeladen worden. Die Vereinsfahnen (in Flor) sollen, wie dies bei ähnlichen Anlässen wiederholt schon geschehen ist, mit den Fahnen-Abordnungen auf dem Altarplatz aufgestellt werden. Eine Atrierparade findet nicht statt.

— Nach einer neuerlich erlassenen gesetzlichen Bestimmung können künftig die Zinsscheine und Dividendscheine von Wertpapieren, also insbesondere von Reichs-, Staats-, Gemeinde-, Kommunalanleihen, von Pfandbriefen, Aktien, Obligationen und dergl. nicht mehr an einer beliebigen Stelle eingelöst werden, sondern nur bei einer Hintelegungsstelle, der die Wertpapiere nebst Zinsscheinen oder Dividendscheinen zur dauernden Verwahrung übergeben sind. Neben den Banken und Kreditgenossenschaften sind auch die Sparkassen solche Hintelegungsstellen. Unter der gesetzlichen Haftung der Gemeinde nimmt auch die diesige Sparkasse, die diesen Geschäftszweig schon bisher pflegte, Wertpapiere jeder Art nebst ihren Zinsscheinen zur kollisionslosen Ver-

wahrung und Verwaltung entgegen. Zu betonen ist, daß mit der Einlieferung der Wertpapiere alsbald zu beginnen ist; denn da die gesetzliche Bestimmung schon am 1. Dezember d. J. in Kraft tritt, werden bereits die Anfang Januar fälligen Zinsscheine nicht mehr in bisheriger Weise, also bei einer beliebigen Stelle eingelöst werden können, sondern nur, wie bemerkt, durch die Stelle, bei der die Wertpapiere hinterlegt sind.

— Der sozialdemokratische Lehrer Arzt aus Dresden, welcher zurzeit Sachsen bereist und der auch hier in Dippoldiswalde gesprochen hat, um für die weltliche Schule und den Moralunterricht zu agitieren, ist am 4. November d. J. mit seinen beiden Töchtern aus der ev.-luth. Landeskirche ausgestiegen. In seinen neuesten Reden und Vorträgen fordert er sich zum Kirchenaustritt auf.

— Die städtischen Kollegen von Wildruff hatten letztens beschlossen, daß die den Staatsbeamten gewährten Teuerungszulagen automatisch auch für die Gemeindebeamten Geltung haben sollten. Die letzte städtische Beschaffungsbeihilfe, die der Stadt 45 000 M. kosten würde, veranlaßte den Finanzausschuß zu dem Vorschlag, obigen Beschluß aufzuheben und darauf an die Beratung von Teuerungszulagen heranzutreten. In gemeinschaftlicher Sitzung traten die städtischen Kollegen nach langer Aussprache, in der besonders die Sozialdemokraten energisch für Aushebung des Beschlusses eintraten, dem Vorschlag des Finanzausschusses bei und beauftragten diesen, mit den Beamten über einen Ausgleich in der Frage der Beschaffungsbeihilfe zu verhandeln.

— In Obergorbitz erhielten die Gemeindebeamten 600 bez. 300 M. Beschaffungsbeihilfe. Eine höhere Beihilfe wurde abgelehnt, da bei Aufstellung des neuen Haushaltsplanes eine Gehaltserregulierung vorgenommen werden sollte.

— In Döbeln erhalten Stadträte und Stadtverordneten-vorsteher 400, Stadtverordnete 300 M., in Wittweida 500, bez. 250 M. jährlich. In Döbeln werden für eine verläumte Vollstufung 5, für eine verläumte Ausschufstufung 3 M. abgezogen. Borsdorf zahlte seinen Gemeindegliedern für die Sitzung 3 Mark und den nachweisbar entgangenen Verdienst.

— Die Gemeinde Engelsdorf beteiligt sich mit 100 000 Mark an der Thüringer Gasgesellschaft.

— Ein günstiges finanzielles Bild weist der Stadtkassenabschluss in Bausen für 1918 auf. Die Einnahmen ergaben gegenüber dem Haushaltsplan ein Mehr von 373 000 M. Dazu trat eine Ersparnis von 115 000 M., so daß der Stadtkasse vom Jahre 1918 467 300 M. zugeführt werden. Der Zuschußbedarf der Stadtkasse verringerte sich um 565 000 M. Einen gleich günstigen Abschluß zeigt die Kasse für das Volksschulwesen, wo eine Ersparnis von mehr als 100 000 M. erzielt wurde.

**Dresden.** Die Stadt Dresden hat während der Kriegszeit und bis mit Oktober d. J. insgesamt 11 757 000 M. an Unterstützungsgeldern aufgewendet. Davon hat sie bisher vom Reiche zurückbekommen 34 906 383 M., während das Reich 62 073 000 M. zurückverlangen hätte, so daß das Reich mit seinen Rückzahlungen an die Stadt Dresden immer noch mit 27 Millionen Mark im Rückstande ist.

**Köhlitz,** 20. November. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich heute Morgen am Eingang des hiesigen Bahnhofs ereignet. Als der fahrplanmäßige Zug aus Großbothen einfahren wollte, rangierte auf dem Nebengleise ein Güterzug.

Der leichte Wagen des Güterzuges fuhr über das Nebengleis hinaus und einem Wagen des Personenzuges in die Flanke. Der Wagen wurde völlig zertrümmert. Wie bisher festgestellt wurde, sind dabei drei Schaller getötet und etwa 15 Personen zum Teil schwer verletzt worden. Hilfszüge aus Chemnitz und Leipzig waren bald zur Stelle.

**Baldheim.** Zwischen Kriebitz und Weinsdorf soll an der Zschopau eine Talperrenanlage errichtet werden. Die erforderlichen Vorbereitungen, wie Ableitungen, Schürfungen, Abholzungen usw. im Flußgebiete der Zschopau, werden jetzt in Angriff genommen.

**Wessene.** Mit welcher Freiheit heute gewandert wird, kennzeichnet folgendes Eingeladene in der „Mettaner Zeitung“: „Gestern Mittwoch kamen auf dem Bahnhof Roddraben zum Veranke. Ich brauchte zwei Zentner und ließ auf meinem Handkoffer erst einen Zentner abholen, für den ich 10 M. bezahlte. Als nach einer halben Stunde der zweite Zentner geholt wurde, kostete er schon 12 Mark. Auf die Bemerkung hin, daß dann wohl mittags die Räder 14 Mark kosten würden, erfolgte die Antwort: „kann sein“. Hier wäre es wünschenswert, wenn der Rat die Einwohnerchaft vor derartigen Preistreibern schützen möchte.“

**Markranstädt.** Für den auf 160 Zentner geschätzten Obsthaushalt wurden der Stadt 5—7000 M. Pacht geboten. Nach den Vorschriften des Wirtschaftsausschusses hätten höchstens 4000 M. genommen werden dürfen. Um den Einwohnern billiges Obst zu verschaffen, wurden Leitern, Räder usw. angeschafft und ein Bewirtschaftler mit 140 M. Wochenlohn angestellt, Obstpländer mit 100 M. Trost Sturm-schäden, Diebstahl usw. ist das Ergebnis großartig. Die Verkaufspreise betragen 1/2, teilweise nur 1/3 der üblichen Obstpreise. Z. B. wurden Birnen für 50 Pfg., später für 30 und 20 Pfg., verkauft, Äpfel für 60 Pfg., Pflaumen für 50 Pfg. Das Ergebnis war: Roherträge rund 13500 M., Ausgabe fast 4000 M., Ueberschuß 9500 M. Gesamternte 330 Zentner.

**Kodewitz.** Der Schullehrer lehnte mit 6 gegen 5 Stimmen die Beschaffungsbeihilfe für Lehrer ab, da die Gemeinde sich außerstande fühlte, diese Beihilfe neben den Lehrern auch den Beamten und Arbeitern gewähren zu können.

**Hallenstein.** Wegen falscher Beurkundung hatte sich der Fleischhauer Franz Otto Pöstel von hier vor dem Landgericht Blauen zu verantworten. Pöstel hatte im November vorigen Jahres und im Januar dieses Jahres in fünf Fällen bei Schweinefleischungen durch Selbstverjorger die Schlachttag um 8 bis 14 Tage später angegeben, als die Schlachtungen stattgefunden haben. Das Datum dieser Schlachttag ist für die Selbstverjorger außerordentlich wichtig. Pöstel wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

### Letzte Nachrichten.

#### Kein Rücktritt Clemenceaus.

Genf, 20. November. „Gomme libre“ meldet in einem trotz des Sezessionsstreits zur Ausgabe gelangten Sonderblatt, daß Clemenceau mit einer absoluten Regierungsmehrheit an keinen Rücktritt denke. Clemenceaus Lebensaufgabe bleibe die Durchführung des Friedensvertrags mit Deutschland.

## 1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

bringen jährlich 50 Mark Sparzinsen, außerdem Bonus und Gewinne

# Die Aussagen der Heerführer.

Hindenburgs Vorbehaltserklärung. —  
Zwei Fragen.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind am Dienstag vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss erschienen, um die vom Ausschusse gewünschten Auskünfte zu geben. Ein großes Aufsehen von Sicherheitsmannschaften hatte die Infanterie Hindenburgs von seiner Wohnung bis zum Reichstagsgebäude durch eine fortlaufende Sperrkette gesichert. Kurz nach zehn Uhr verkündete lautes Durraufen die Ankunft des Generalfeldmarschalls. Zwei Schabracken der Sicherheitswehr begleiteten Hindenburg an seiner Fahrt als Ehreneskorte.

Unter dem Geleite der deutschen nationalen Abgeordneten Dr. Dietrich und Warmuth betrat der Feldmarschall, General Ludendorff und Dr. Hefflerich gegen 10 1/2 Uhr den Sitzungssaal. Auf dem Zeugentisch lagen zwei prachtvolle weiße Christanthemen mit einer schwarz-weißen roten Schieße zu Ehren der beiden Feldherren.

Am Zeugentisch trat ihnen der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Gothein entgegen und begrüßte den Feldmarschall mit kurzen Worten.

Abg. Gothein eröffnete sofort die Sitzung unter dem Hinweis, daß der Ausschuss dem Feldmarschall jene die große Mühehaltung und die Anstrengungen der Weisse erpart hätte. Da jedoch der General Ludendorff entscheidenden Wert darauf gelegt hat, mit Hindenburg gemeinsam vernommen zu werden, habe der Ausschuss nicht umhin gekonnt, auch ihn um sein Erscheinen zu bitten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg erwiderte mit lauter Stimme, daß es ihm ein Bedürfnis gewesen sei, an der Seite seines treuen Kampfgenossen in schwerer und großer Zeit vor dem Ausschuss zu erscheinen und er sei dankbar dafür, daß ihm dazu Gelegenheit gegeben worden sei und auch dankbar dafür, daß ihm die Weisse mit aller Möglichkeit erleichtert wurde.

## Hindenburg schließt sich den Vorbehalten Dr. Hefflerichs an.

Von seiner Vereidigung ließ der Feldmarschall durch General Ludendorff eine Erklärung verlesen, die für die Vernehmung der Heerführer, sowie der übrigen Offiziere der Obersten Heeresleitung von wesentlicher Bedeutung ist. Unter Hinweis auf die Vorschriften der Verfassung und der Strafprozessordnung erklärte die Heerführer, daß sie eine

## Aussagepflicht als für sie rechtlich verbindlich grundsätzlich nicht anerkennen

würden, sondern daß es sich, wie der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dessen Stellvertreter Dr. Hefflerich bereits darlegten, hier um die dem Rechtsbegriff aller Kulturländer widersprechende juristische Abnormität handele. Wenn sie sich gleichwohl zur Eidesleistung und zur Aussage entschlossen hätten, so geschähe dies lediglich, weil nach einem vierjährigen furchterlichen Kriege ein Volk, das so stark war wie das deutsche, Anstand darauf habe, völlig klar zu sehen, wie die Ereignisse sich in Wirklichkeit unverzerrt und ohne Parteilichkeit und Parteilichkeit abgepielt haben. Was das Verfahren vor dem Ausschuss anbelangt, so schloßen sich die Heerführer den Vorbehalten des Staatssekretärs Dr. Hefflerich vollkommen an.

Hierauf leisteten Hindenburg und Ludendorff den Reueid, und zwar in der Form des religiösen Eides.

## Die Vernehmung.

Die Fragen, die der Ausschuss an den Feldmarschall zu richten gedachte, waren ihm bereits vorher ausgegangen. Es sind dies folgende Fragen:

1. Von welchem Zeitpunkt an hielt die Oberste Heeresleitung die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 für unausschießbar und aus welchen Gründen?
2. Waren der Obersten Heeresleitung die Gegenstände gegen die Eröffnung des U-Boot-Krieges bekannt? Aus welchen Gründen hat die Oberste Heeresleitung die Gegenstände als stichhaltig nicht anerkannt?
3. Aus welchen Gründen nahm die Oberste Heeresleitung an, daß der Friedensappell Wilsons am 21. Dezember 1916 nicht auf die von der Reichsleitung angelegte Friedensaktion Wilsons zurückgehe?
4. Waren der Obersten Heeresleitung die einzelnen Etappen der Wilsonaktion bekannt? Waren ihr insbesondere als der Entschluß zur Eröffnung des U-Boot-Krieges bekannt wurde, die Verlechte des Grafen Bernstorff bekannt?
5. Hat die Oberste Heeresleitung angenommen, daß England bis längstens 1. Juli 1917 zum Frieden gezwungen werden könne?
6. General Ludendorff berichtet in seinem Buch, daß am 29. Januar 1917 der eine Besprechung im Großen Hauptquartier von Seiten der Reichsregierung ein Aufschub des Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht ins Auge gefaßt worden sei, während Herr v. Bethmann Hollweg in seinen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss betont hat, er habe eine solche Forderung gestellt. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Vor Beantwortung der ersten Frage hat der Feldmarschall Hindenburg, als Grundlage für sein gesamtes Tun und Handeln in der Kriegszeit eine kurze Darlegung verlesen zu dürfen. Der Feldmarschall legte in kurzen Zügen folgendes dar:

Als wir am 29. August 1916 die Oberste Heeresleitung übernahmen, war der Weltkrieg schon zwei Jahre im Gange. Der Krieg hatte kein Beispiel mehr in der Geschichte. Der Raum dehnte sich aus ins Gigantische. Die Truppenmassen erreichten ungeahnte Stärken, die Technik gewann eine vorherrschende Bedeutung, Krieges- und Weltwirtschaft griffen ineinander über. Das zahlenmäßige Verhältnis der Streitkräfte an Menschen, Maschinen, Munition und wirtschaftliche Hilfsmittel waren für uns, und zwar von Anfang an, so ungünstig wie möglich. Niemals neigten die Werte der Inponderabilitäten des Krieges, die moralische Qualität der Truppen, so schwer, niemals endlich waren die Leistungen der Minderheit so ungeheuer, wie in diesem Kriege.

## Diesem Grundcharakter des Krieges hatte die D. S. L. Rechnung zu tragen.

Getragen von der Liebe zum Vaterlande kann-

ten wir nur ein Ziel, das Deutsche Reich und das deutsche Volk, soweit menschliche Kräfte und militärische Mittel es vermochten, vor Schaden zu bewahren und militärischerseits es einem guten Frieden entgegenzuführen. Um diese gewaltige Aufgabe unter den schwierigsten Verhältnissen durchzuführen, mußten wir

## den unerschütterlichen Willen zum Siege

haben. Dieser Wille zum Sieg war aber unbillig gebunden an den Glauben an unser gutes Recht. Dabei waren wir uns bewußt, daß wir in dem ungleichen Kampf unterlegen müßten, wenn nicht die gesamte Kraft der Heimat auf den Sieg auf dem Schlachtfeld eingestellt würde und die moralischen Kräfte von der Heimat erneuert würden. Wir sehen den Krieg als die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln an. Unsere Friedenspolitik hat versagt. Wir wollten keinen Krieg und bekamen doch den größten. (Unterbrechung.)

Vorj. Gothein: Hier ist ein Werturteil, das ausgeschlossen sein soll von der Befragung der Zeugen. Ich erhebe also gegen diesen Satz Einspruch.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg (fortfahrend): Dann lasse ich die Weltgeschichte darüber entscheiden.

Wir betrachteten es als unsere vornehmste Aufgabe, den Krieg durch militärische Mittel so schnell und günstig wie möglich zu beenden, um der Reichsleitung es zu ermöglichen, die Geschicke des Landes wieder mit den normalen Friedensmitteln der Politik zu bestimmen. Trotz der ungeheuren Ansprüche an Truppen und Führung, trotz der zahlenmäßigen Ueberlegenheit des Feindes konnten wir den Kampf zu einem glücklichen Ende führen, wenn die geschlossene und einheitliche Zusammenwirkung von Heer und Heimat eingetreten wäre.

Als Hindenburg die Verfolgung der Parteinteressen für die Spaltung des Siegeswillens verantwortlich machte, erhob der Vorsitzende wiederholt Einspruch gegen die Abgabe von Werturteilen durch den Zeugen.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg fährt fort: Die Geschichte wird über das, was ich nicht weiter ausführen darf, das endgültige Urteil sprechen. Als wir unter Amt übernahmen, stellten wir bei der Reichsleitung eine Anzahl von Anträgen, um die Zusammenfassung aller Kräfte herbeizuführen. Ich wollte Kraft und Mitarbeit gewinnen, bekam aber Versagen und Schwäche. Die Heimat hat uns von diesem Augenblick an nicht mehr gestützt. Wir erhoben oft unsere warnende Stimme. Seit dieser Zeit setzte auch die heimliche Zerfegung von Heer und Flotte ein. Die Wirkung dieser Bestrebungen war der Obersten Heeresleitung während des letzten Kriegsjahres nicht verborgen geblieben. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Einwirkung freihielten, hatten unter der Einwirkung der revolutionären Kameraden schwer zu leiden. Unsere Forderung, strenge Zucht und strenge Handhabung der Befehle durchzuführen, wurde nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen miflingen, so mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein.

Ein englischer General sagte mit Recht, die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises. Das ist in großen Anteilen die traurige Folge des glänzender, nie dagewesener Erfolge an zahllosen Fronten, nach einer Leistung von Heer und Volk, für die kein Lob groß genug ist.

Am übrigen erklärte der Feldmarschall, daß General Ludendorff und er bei allen großen Entscheidungen die gleiche Auffassung gehabt und in voller Uebereinstimmung gearbeitet haben und hiermit auch Hand in Hand die Auffassungen und Handlungen der D. S. L. seit dem 29. August 1916 vertreten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg ging nun zur Beantwortung der ersten Frage über und betonte, daß er den uneingeschränkten U-Boot-Krieg schon bei seinem Eintritt in die D. S. L. für geboten gehalten habe. General Ludendorff ging dann in längerer Ausführungen auf die Frage ein. Aus diesen geht hervor, daß für den Generalfeldmarschall und ihn bei der Stellungnahme Ende August gegen den U-Boot-Krieg und damit gegen den Chef des Admiralstabes lediglich der Grund maßgebend war, daß der Reichskanzler ein feindseliges Handeln Dänemarks und Hollands unter dem Druck Hollands in den Kreis seiner Berechnung zog und die D. S. L. keinen Mann übrig hatte, um die Grenzen zu schließen.

Ludendorff kommt dann auf die Bemühungen der Reichsleitung zu sprechen, Wilson zu einer Friedensvermittlung zu bewegen. Die D. S. L. habe mit großer Spannung darauf gewartet, ob Wilson wirklich den Frieden vermitteln würde. Als nichts kam, seien sie nicht überrascht gewesen, da sie die engen wirtschaftlichen Verpflichtungen der Bereinigten Staaten zu England kannten. Als dann der Reichskanzler

das Friedensangebot der Mittelmächte gemacht habe, machte die D. S. L. gleichfalls loyal mit, jedoch war sie in Uebereinstimmung mit dem Chef des Admiralstabes entschlossen, im Februar 1917 auf dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu bestehen, falls unser Friedensangebot abgelehnt werden sollte, da bis dahin Truppen aus Rumänien gegen Dänemark und Holland zur Verfügung standen, falls diese Länder durch England in den Krieg gezogen würden. Das Schlimmste, so setzte Ludendorff weiter auseinander, war die physische Anspannung der Truppen. Aber der Geist an der Front war noch ungebrochen. Immerhin war die Lage schon so, daß wir zu Lande auf einen Sieg allein nicht rechnen konnten. Wir konnten günstigfalls hoffen, in der Befreiung den feindlichen Siegeswillen zu lähmen. Das bedeutete den endlosen Krieg mit schweren Nachteilen für Land und Volk. un besaßen wir nach dem Urteil der Marine

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel, das uns diesem Ziele näher bringen konnte, das

deutsche Menschenleben erhalten und uns zu Lande den Sieg sichern konnte. In der Lage, in der wir uns befanden, war die Anwendung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges dem deutschen Heer und dem deutschen Volk gegenüber eine Pflicht, wenn das Friedensangebot nicht angenommen wurde.

Mit einem kurzen Hinweis auf die Zensur und die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung der politischen Hetzereien und Wählerereien im Heere und in der Marine ging die Beantwortung der ersten Frage zu Ende.

Man schritt sofort zur Beantwortung der übrigen Fragen, da General Ludendorff alle an ihn gerichteten Fragen im Zusammenhange zu beantworten wünschte. Die Fragen drei, vier und fünf beziehen sich auf die Annahme, Wilsons Friedensappell sei auf Englands Veranlassung erfolgt, und auf die Unterbrechung der Etappen der Wilsonaktion, besonders die Telegramme Bernstorffs, der Heeresleitung bekannt geworden sind, und ob wirklich die Heeresleitung geglaubt hat, daß durch den U-Boot-Krieg England zum Frieden gezwungen werden könnte. Die sechste Frage, die einen Gegensatz zwischen der Auffassung Bethmann Hollwegs und Ludendorffs feststellen soll, wird nach einer kurzen Erklärung des früheren Kanzlers ausgeführt.

Eine größere Anzahl von Verfügungen, Telegrammen Berichten und Denkschriften wird verlesen, ohne neue Tatsachen zu bringen.

Im weiteren Verlaufe der Vernehmung verwarfte sich Ludendorff gegen verschiedene Vorwürfe, die im Laufe der bisherigen Verhandlungen gegen ihn erhoben worden sind. Mit besonderem Nachdruck wandte er sich gegen die Behauptung, daß die Oberste Heeresleitung sich gegen die Reichsregierung nicht loyal verhalten habe. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Das müsse hier gesagt sein, gegenüber dem fortwährenden Versuch, die Lage so darzustellen, als ob die D. S. L. an allem Unglück schuld sei.

## Politische Rundschau.

Die Befehlshaberbehörde von Speyer hat neu vorgeschrieben, daß die vormittags 10 Uhr am Dom ausgehende französische Fahne in dem Augenblick des Erdens der Fanaren von jedem Mann durch Abnehmen der Kopfbedeckung begrüßt werden muß.

Die englischen Quartiermacher für Flensburg sind nach Köln zurückgekehrt.

Um französischen Geschäftsträger in Berlin wurde Chassin de Marilly, der früherer französische Generalkonsul in Genoa, ernannt.

Eine Verammlung der Bodenreformer nahm im Kreis Busch in Berlin eine Entschließung an, in der die Wahl Adolf Damaskes zum Reichspräsidenten empfohlen wird.

Ein Verständigungsversuch im Sommer 1918. Die Londoner „Times“ machen in einem Leitartikel die Mitteilung von einem Verständigungsversuch zwischen den beiden kriegsführenden Parteien im Sommer 1918. Deutschland habe damals vorgeschlagen, aus der Haager Konferenz, die sich mit der Gefangenfrage beschäftigte, eine Friedenskonferenz ohne Verbindlichkeit zu machen. Dieser deutsche Vorschlag sei von Lloyd George und den anderen Mitgliedern des englischen Kabinetts nicht zurückgewiesen worden, da sie mit der Möglichkeit rechneten, mit Deutschland auf der Basis zu einer Verständigung zu kommen, daß man ihm freie Hand nach Rußland und dem Orient gegeben hätte. Der Vorschlag sei auch von Lord Lansdowne unterstützt worden. Durch das Bekanntwerden des Planes in der breiten Öffentlichkeit wären aber alle Bemühungen, den Vorschlag zu verwirklichen, außerordentlich erschwert worden, und bevor man die Fäden wieder aufnehmen konnte, sei die Anregung Deutschlands durch die Offensive der Mittellerten im Juli 1918 hinfällig geworden.

Dr. Hefflerich abermals in Strafe genommen. Vor Abschluß der Vernehmung Dr. Hefflerichs kam es am Montag in der Nachmittagsitzung, die sich in erster Linie mit den wirtschaftlichen Fragen des U-Boot-Krieges befaßte, zu einem neuen Konflikt im Untersuchungsausschuss. Abg. Dr. Cohn sah sich veranlaßt, abermals eine direkte Frage an Dr. Hefflerich zu richten, die von dem Vorsitzenden Gothein in der sicheren Voraussetzung, daß ein Konflikt daraus entstehen mußte, aufgenommen wurde. Dr. Hefflerich erwiderte darauf, er werde die sachliche Beantwortung dieser Frage dem Vorsitzenden gegenüber nicht verweigern, mit anderen Worten, er lehnte es nach wie vor ab, dem Abg. Dr. Cohn zu antworten. Nach einstündiger Beratung wurde Dr. Hefflerich abermals in die höchst zulässige Ordnungsstrafe von 300 Mark genommen. Von der Verhängung der Zeugniszwangshaft, die in der Strafprozessordnung als zweite Zwangsmaßnahme bei einer Zeugnisverweigerung vorgesehen ist, hat der Ausschuss absehen wollen.

Freigabe des deutschen Mobilars in Elsaß-Lothringen. Die französische Regierung hat sich auf Grund von Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen deutschen und französischen Vertretern in Karlsruhe stattfanden, bereit erklärt, das gesamte deutsche Mobiliar in Elsaß-Lothringen freizugeben. Die deutsche Regierung hat sich dagegen verpflichtet, der französischen Regierung 25 000 000 Franken französischer Währung zur Entschädigung derjenigen Elsaß-Lothringer zur Verfügung zu stellen, die während des Krieges wegen ihrer politischen Haltung oder Bestimmung durch die deutschen Behörden verhaftet, interniert, ausgewiesen oder zu einer anderen als einer Geldstrafe verurteilt worden sind. Die Einzelheiten des Abkommens werden in kürzester Frist bekanntgegeben werden. — Der Text dieses Abkommens ist sehr unklar gehalten. Es ist daraus nicht zu ersehen, ob unter dem gesamten deutschen Mobiliar in Elsaß-Lothringen das Mobiliar aller vertriebenen Deutschen, oder auch alles, was Eigentum deutscher Unternehmungen gewesen ist, soweit nicht der Waffenstillstands- bzw. Friedensvertrag entgegensteht, zu verstehen ist.

Deutsch-lettischer Zwischenfall. Wie das Wemeler „Dampfbote“ meldet, überfiel am 13. November eine lettische Bande von etwa 30 Mann in der Nähe von Rujan einen von Dorbanj nach Rujan fahrenden Kleinbahnzug, in dem einige deutsche Arbeiter und

in dem verstärkten U-Boot-Krieg das Kriegsmittel,

das uns diesem Ziele näher bringen konnte, das

deutsche Soldaten, sämtlich unbewaffnet, zum Abzug des in Kugau befindlichen Sägewerkes führen, die Ueberlassenen fanden im Dienste der deutschen Verwaltung, nicht in dem der Vermont-Armee, fünf deutsche Soldaten wurden getötet, 20 gefangen genommen; ebenso geriet ein deutscher Eisenbahntrassenführer in Gefangenschaft. Von den einheimischen Arbeitern wurde einer getötet, einer schwer, drei leicht verletzt.

**Wahern — eine Reichsprovinz?** Die bayerische Zentrumspresse verlangt einer Untersuchungskommission darüber: Welches Maß von Schuld und Verantwortung trifft die einzelnen Regierungen des Reiches Bayern und die einzelnen Regierungsmittelglieder an der Entwicklung, daß Bayern kein selbständiger Staat mehr ist, sondern eine völlig abhängige Reichsprovinz geworden ist.

**Estrafe für eine Hindenburg-Ehrung.** Ein Bataillonkommandeur der Reichswehr hatte, ohne die Genehmigung seiner Vorgesetzten hierzu einzuholen, Teile seiner Truppen in Besetzung von Muff zu der Wohnung des Herrn Generalfeldmarschalls v. Hindenburg geführt, sich beim Feldmarschall melden lassen und den Vorbeimarsch der Truppen erwirkt. Der Reichswehrminister Roske steht auf dem Standpunkt, daß dem Generalfeldmarschall jedwede Aufmerksamkeit und Achtung zu erweisen ist, die dem verdienten General gebührt, daß aber das Vorgehen des Bataillonkommandeurs eine unzulässige Eigenmächtigkeit ist. Der Reichswehrminister hat deshalb nach einer amtlichen Meldung gegen den Major v. Lühow, der als der in Frage kommende Bataillonkommandeur die Truppenabteilung zur Ehrung Hindenburgs führte, eine Strafbefehl verfaßt.

**Die Reichsregierung gegen die „Kreuzzeitung“.** Die Reichsregierung hat durch Kabinettsbeschluss Strafantrag gestellt gegen die „Kreuzzeitung“ wegen eines unter der Überschrift „Die Andern“ veröffentlichten Artikels, der u. a. den Satz enthält: „Eine Regierung, eine Presse, eine Partei, die Landesverräter oder Schieber unter sich duldet, hat keinen Anspruch mehr auf eine lokale Beurteilung.“

**Einigung der sozialistischen Parteien?** In der Preussischen Landesversammlung gab der Sprecher der Unabhängigen Abg. Ludwig während der Staatsberatung eine sehr bemerkenswerte Erklärung zur Frage der Eider sozialistischen Parteien ab. Als Bedingung für eine solche Einigung zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen stellte der Redner folgende Forderungen auf: Erstens, die Einigung könne nur auf dem Boden des politischen Kampfes vor sich gehen, zweitens müsse die heutige Koalitionspolitik mit dem Rücktritt aufgegeben werden, drittens verlangen die Unabhängigen die Preisgabe der Roskeschen Gewaltspolitik. — Angesichts dieser radikalen Forderungen dürfte die von Scheidemann und Genossen so heftig herbeigesehnte Beendigung des Bruderkrieges wohl kaum in nächster Zeit zu erwarten sein.

**Sozialdemokratie und Antisemitismus.** Bei der diesjährigen Tagung zur Abwehr des Antisemitismus im Verein beschäftigte sich der mehrheitssozialistische Abgeordnete und frühere Reichsminister Otto Landberg auch mit dem Verhältnis der Sozialdemokratie zum Antisemitismus und wies darauf hin, daß manche Sozialisten der Ansicht seien, der Antisemitismus sei ein Klassenkampf. Landberg wandte sich dann gegen einen Artikel des sozialistischen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen Winnig, der die Auffassung vertritt, daß die Juden in rationalen Fragen nicht mitzureden hätten, und erklärte, daß der nächste Parteitag der Sozialdemokraten zum Antisemitismus Stellung nehmen müsse, genau so, wie jede andere Partei wird Farbe bekennen müssen. Landberg ist der Auffassung, daß Winnig mit seinem Standpunkt auf dem Parteitag allein stehen werde, wenn er ihn bis dahin nicht schon geändert haben sollte.

**Das Verfahren gegen den Kaiser soll, wie Daily News wissen will, auf besonderen Wunsch Englands unbedingt durchgesetzt werden.** Es bestehen aber noch Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten. Daily News sagt: „Die endgültige Annahme des Gesetzes zur Einschränkung der Zulassung von Ausländern in England treffe zusammen mit der vermutlich vorher beachtlichen Aufwärmung der Frage des Kaiserprozesses. Die Hilfsmittel der Propaganda seien zweifellos noch nicht erschöpft, aber es sei merkwürdig, daß die Regierung noch so viel Zeit und Energie aufwendet, um ihren Sünderbock einzufangen. Der Ausgang des Prozesses, ob man ihn wünschenswert oder nicht, sei fraglich. Ein Pariser Journalist sagte, es sei unwahrscheinlich, daß Holland den Kaiser auslöser werde, es sei denn, daß der Völkerverbund es ausdrücklich fordere. Das dürfte einige Zeit dauern, aber die Verurteilung der Kaiserin ist ja auch vielleicht, der einzige Zweck der letzten Manöver, die sonst ganz unverständlich wären.“ — Die Daily News glaubt hofft dagegen, daß die Weisheiten in der Eröffnung des Gerichtsverfahrens gegen den frühesten deutschen Kaiser ein endgültiger Schritt getan werden wird.

**Deutscher Protest gegen die Einweisung deutscher Kriegsgefangener in die polnische Armee.** In einer deutschen Note wird die Berliner Schweizerische Botschaft ersucht, durch die Gesandtschaften in Paris und London auf die Tatsache hinzuwirken zu lassen, daß deutsche Kriegsgefangene zum Eintritt in die polnische Armee gezwungen worden sind und bei der französischen Regierung darauf hinzuwirken, daß an die Lagerkommandanten ein strenges Verbot der Duldung oder Begünstigung solcher Zwangsverwendungen ergeht. — Die Schweizer Regierung wird sichtlich die deutsche Bitte erfüllen, umso mehr, als sie stets für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen und für die Erleichterung ihrer traurigen Lage warm eingetreten ist. Neuerdings haben erst wieder der Ratonsrat Michéls (Genf) und eine große Anzahl von Mitgliedern aller Fraktionen an den Bundesrat die Anfrage gerichtet, ob er nicht die Bestrebungen des Vereins des Roten Kreuzes um sportliche Freilassung der noch in den Ländern der Entente befindlichen deutschen Gefangenen wirksam unterstützen könne.

**Sachsen gegen die neuen Steueransätze.** Reichsfinanzminister Erberger hat seine angeforderten Vorschläge über die Reichseinkommensteuer, die Kapitalertragssteuer und die Landesabgabenordnung fertiggestellt und die Finanzminister der Einzelstaaten eingeladen, nach Berlin zu kommen und die Vorschläge dort durchzuberaten. Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Dresden berichtet wird, hat der sächsische Finanzminister Rißchke rundweg in einem Telegramm abgelehnt. Er hebt in dem Telegramm hervor, daß man Vorschläge von so großer Wichtigkeit nicht in einem derartigen Hasttempo erledigen könne. Diese Vorschläge müßten zunächst einmal den Regierungen der Einzelstaaten zugehen, von ihnen selbst durchberaten und auch deswegen mit Handelskammern und anderen in Betracht kommenden Stellen Abklärung genommen werden. Finanzminister Rißchke werde jedenfalls am Donnerstag nicht nach Berlin kommen, zumal auch am Vortag Eisenbahnverkehr sei. Er werde alle etwa in Berlin von den anderen Finanzministern gefaßten Beschlüsse als vollständig gleichgültig und unverbindlich für Sachsen betrachten.

**Die deutsche Delegation für Washington heimkehren.** Die deutsche Delegation der Arbeitskonferenz in Washington hat unmittelbar vor der Einschiffung in Gbleburg noch das Telegramm der deutschen Regierung erhalten, daß die Konferenz in Washington sich ihrem Ende nähere und daß deswegen die Delegation der Delegation unterbleiben müsse. Die Delegation tritt unverzüglich die Heimreise nach Deutschland an. Der „Vorwärts“ bemerkt zu dieser Meldung: „Man darf wohl sagen, daß die Washingtoner Konferenz das gleiche Resultat gehabt hat, wie das Hornberger Schießen. Ohne das in sozialpolitischen Fragen erste Land der Welt, als das Deutschland allgemein gilt, mußte diese Konferenz ein Fehlunternehmen sein. Daß Deutschland daran nicht teilnehmen konnte, liegt ausschließlich bei den alliierten Mächten, denen alle Hindernisse zuzuschreiben sind, die Deutschland von der Teilnahme dieser ersten großen Arbeitskonferenz ferngehalten haben.“

**Verurteilung des Fürstbischöflichen Vertram ins Kardinalkonkistorium.** Nach einer Meldung der „Schlesischen Volkszeitung“ von der Kuratatur in Münster hat der Papst beschlossen, den Fürstbischöflichen Vertram, Dr. Vertram, im nächsten Konkistorium in das Kollegium der Kardinele zu berufen. Fürstbischof Dr. Vertram ist bereits im Dezember 1916 im päpstlichen Konkistorium zum Kardinal ernannt worden. Er ist aber zunächst Kardinal in petto; da die üblichen Forderungen in Rom, Befragung, Ueberreichung des Reliques, Uebergabe des Ringes noch nicht vollzogen sind.

**Die neue Saarlandwährung.** Nach der „Saarbrücker Volkszeitung“ soll die neue Saarlandwährung in spätestens drei Monaten eingeführt werden. Die Wahl der Münze soll auf den Saarfranken gefallen sein. Das Blatt teilt weiter mit, daß die Kommunalwahlen im Saargebiet spätestens in zwei Monaten stattfinden werden. Die Bildung des Saarstaates soll nach den Pariser Meldungen bis dahin beendet sein.

**Ein Notgesetz für die Landwirtschaft.** Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat in einer eingehenden Verhandlung mit sämtlichen landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands die Lage der Ernährungswirtschaft beraten und die grundsätzlichen Forderungen der Landwirtschaft in einer Rundgebung übergelegt, die mit Rücksicht auf den ungeheuren Ernst der Lage außer dem Reichswirtschaftsminister dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichsrat und sämtlichen Bundesregierungen zugestellt worden ist. Die Landwirtschaft müsse darauf dringen, daß an die Stelle des bisherigen Systems der Berechnung des Bedarfs der Bevölkerung die sorgfältige Festsetzung derjenigen Leistungen trete, die die Landwirtschaft auf Grund sachverständiger Prüfung durch britische oder Kreisorgane unter dem maßgebenden Gesichtspunkt der Erhaltung und Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit auszubringen vermöge. An die Stelle der jetzigen Landwirtschaft soll die Messung auf Grund der tatsächlichen Leistungsfähigkeit treten, so daß die öffentliche Bewirtschaftung sich unter Einhaltung dieses Grundsatzes nur noch auf Brotgetreide und, sofern dies mit Rücksicht auf die Kinder und Kranken nicht zu vermeiden ist auf die Sicherung der Milch und der von der Milchbewirtschaftung nicht zu trennenden Molkeerzeugnisse für diese Bedürftigen erstreckt. Die Landwirte fordern deshalb u. a. sofortige Aufhebung der Fleischbewirtschaftung, höhere Befreiung der Landwirtschaft mit Brotgetreide, Befreiung der Futterbewirtschaftung im nächsten Erntefahre, Aufhebung der vollständigen Beschlagnahme von Gerste u. a. — Die Rundgebung ist von sämtlichen landwirtschaftlichen Organisationen und Körperschaften unterschrieben.

### Rundschau im Auslande.

**Washingtoner Meldungen.** hat die Regierung der Vereinigten Staaten Schritte getan, um die Verdrängung von Munition von Belgien und Spanien nach Mexiko zu verhindern.

**Der Oberste Rat hat der dänischen und schwedischen Regierung die Mitteilung zugehen lassen, daß das allgemeine Friedensabkommen am 27. November in Kraft treten werde.**

**Bei den Kammerwahlen in Belgien verloren die Katholiken 23 bis 24 Sitze, die Liberalen etwa 10, während die Sozialisten ungefähr 35 Sitze gewonnen. Alle Minister sind wiedergewählt worden, desgleichen Vizepräsidenten Mag von Brüssel.**

**Der Schweizer Nationalrat beschloß mit großer Mehrheit den Beitritt zum Völkerverbund mit dem Vorbehalt, daß die Volksabstimmung erst stattfindet, wenn die fünf Hauptmächte, darunter Amerika, beigetreten sind.**

**Mit der Umbildung des ungarischen Kabinetts ist unter Zustimmung der Entente der Führer der Christlich-Sozialen, Dujar, beauftragt worden.**

**Infolge andauernder Trockenheit in Australien sind große Schäden entstanden; ganze Städte und Dörfer mußten geräumt werden.**

**Frankreich: Zum Pariser Zeitungsstreik.**

**Von Seiten der Seher und Drucker ist ein Gesuch um Wiedereinstellung an die Verleger gerichtet worden. Diese erklärten, nie die Auslieferung der Zeitungen zu haben.**

Sie sind jedoch nicht in der Lage, die hohen Forderungen der Seher und Drucker zu tragen, wenn sie nicht gezwungen sein sollten, ihre Betriebe stillzulegen. Sie haben alles versucht, um den Konflikt zu vermeiden. Die Presse de Paris bemerkt hier, daß die Verleger infolge der hohen Papierpreise um die Erlaubnis nachgefragt haben, Papier in Deutschland zu kaufen, wo sie es mit 30 Francs für 100 Kilo erhalten hätten, während die französischen Fabriken 245 Francs für 100 Kilo fordern. Die Einfuhr von Zeitungspapier aus Deutschland ist jedoch verboten worden.

**Rußland: Auch Judenitsch tritt zurück.**

**Der Oberbefehlshaber der nordwestrussischen Armee ist dem Beispiel des Obersten Vermondts gefolgt und als Oberkommandierender des Nordwestheeres zurückgetreten. An seine Stelle hat Baldoner, der zugleich Weichselhader des estländischen Heeres ist, den Befehl übernommen. Diese Maßnahme verfolgt den Zweck, eine Internierung des russischen Heeres zu verhindern, falls es sich über die Grenzen nach Estland zurückziehen müßte. Der Zeitpunkt ist übrigens bereits sehr nahe gerückt. Nach den letzten Meldungen hat die russische Nordwestarmee Jamburg, die letzte Stadt auf dem eroberten Gebiet, aufgegeben. Die Eisenbahnbrücke bei Jamburg wurde von estnischen Truppen gesprengt.**

**Frankreich: Clemenceaus Wahltag.**

**In Paris am 17. November wird angenommen, daß Clemenceau trotz seines Wahlsieges nicht in der Regierung bleiben wird. Ein Ministerium, worin Millerand das Portefeuille des Meineren und Tardieu das der Finanzen erhalten, gebürte zu den Wahrscheinlichkeiten. Briand wird nicht in die Regierung eintreten. — Von den Kammerwahlen sind bisher ungefähr 500 Ergebnisse bekannt und zwar erlangten bisher Antirepublikaner 125 Sitze (Verlust 36), Radikale 54 (Verlust 7), Sozialistisch-Modikale 78 (Verlust 85), Republikanische Sozialisten 25 (Verlust 32), disziplinierte Sozialisten 6 (Gewinn 6), Progressisten 126 (Gewinn 76), Action-Liberale 75 (Gewinn 42), Konervative 42 (weder Gewinn noch Verlust). Die Kammer wird demnach eine alle anderen Gruppen erdrückende nationalistische Mehrheit haben. In der Regierung erhebt die republikanische Volkspartei, die Nachfolgerin der früheren esth-lothringischen Zentrumspartei, 490 688, die sozialdemokratische Partei 215 680 und die republikanische Liga oder Regierungspartei 22 591 Stimmen. Wählbar sind acht Kandidaten der republikanischen Volkspartei gewählt, u. a. der Hauptredakteur der in Reg in deutscher Sprache erscheinenden „Arbeiter-Volkzeitung“ und frühere esth-lothringische Landtagsabgeordnete Dr. Gaspill, der erste Gouverneur von Metz General Manduy und Guy de Wendel. Im Oberhaus ist Abbe Wetterle gewählt.**

**Italien: Bedeutende Wahlerfolge der Sozialisten.**

**Die sozialistische Partei Italiens hat bei den Kammerwahlen einen gewaltigen Sieg errungen. In Rom, Mailand, Bologna und Turin sind alle sozialistischen Kandidaten gewählt, und für die Industriebezirke Norditaliens gilt das Gleiche. Verlässliche Schätzungen zufolge dürften die sozialistischen Abgeordneten in der Stärke von etwa 180 Mann in das neue Parlament einziehen. Sie haben also um 100 Delegierte zugenommen. In Ober- und Mittelitalien sind fast ausschließlich Sozialisten und Katholiken gewählt, während in Süditalien, Sizilien und Sardinien die Regierung erfolgreich blieb. Kammerpräsident Marcora unterlag im Wahlkreis Como-Sondrio.**

**Rußland: Die Vorparter Friedensverhandlungen.**

**Bei den Vorparter Verhandlungen zwischen dem polnischen Vertreter Litwinow und den Kandidaten am 17. und 18. November ist Uebereinstimmung über den Weisenaustausch erzielt, in der Friedensfrage ist hauptsächlich wegen hoher Forderungen seitens der Polensisten vorläufig nichts Greifbares erreicht worden. Hiermit wird die unerwartet frühe Abreise der polnischen Vertreter in Zusammenhang gebracht. Der Wunsch der Kandidaten nach Frieden scheint stark zu sein. Die baltischen Staaten fürchten weniger die Bolschewiken als das künftige Rußland, durch das sie ihre Selbständigkeit zu verlieren fürchten, hierin werden sie durch aus von der Entente unterstützt, namentlich von England, das im Baltikum finanziell bereits stark beteiligt ist. — Warschauer Blättermeldungen zufolge ist die litauische Regierung in Romno unter das Protektorat Englands getreten.**

**Ägypten: Blutinische Unruhen.**

**In Kairo kam es am letzten Sonntag nach der Rückkehr des Kreditors aus Alexandria zu schweren Unruhen. Als die Menge der Polizeiwache zu säumen verweigerte, eröffneten die englischen Soldaten das Feuer. 11 Personen wurden getötet und etwa 60 verwundet, darunter 10 schwer. Die Bevölkerung ist wegen dieser Vorgänge in höchster Erregung. Die Erbitterung gegen die Engländer wächst ständig.**

### Aus Stadt und Land.

**Von Katt Kartoffeln.** Wie die „Deutsche Wochenschrift“ erzählt, soll bei Erörterung der Kartoffelzufuhr durch die Witterungsverhältnisse fürs erste an Stelle der fehlenden Kartoffeln eine höhere Brotquote zur Verteilung gelangen.

**Trochende Kartoffeln in der Pfalz.** Die Kartoffelernte hat in der Pfalz einen so geringen Ertrag geliefert, daß derselbe zur Ernährung der Pfälzer Bevölkerung nur bis zum kommenden Frühjahr ausreichen dürfte. Trotz dieser geringen Ernte und der Kartoffelnnot der Pfälzer Bevölkerung muß die Pfalz allmonatlich 2500 Zentner Kartoffeln an die französische Besatzungsarmee abliefern. Der Abgeordnete Weidart (D. W.) hat daher in der Nationalversammlung eine Anfrage eingebracht, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um der Kartoffelnnot in der Pfalz zu begegnen und ob die Reichsregierung bereit ist, die französische Besatzungsarmee mit Kartoffeln aus dem Reich zu beliefern.

### Volkswirtschaftliches.

**Katastrophale Wirkungen der Kohlennot in Dortmund.** Welche Wirkungen die erneute Einschränkung des Brennstoffverbrauchs der Hüttenwerke haben wird, geht daraus hervor, daß das Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Dortmund dadurch gezwungen wird, seine Hochöfenanlagen stillzulegen, da die zur Verfügung stehende Brennstoffmenge nicht hinreicht, um die Hochöfen so zu betreiben, wie es die Sicherheit erfordert. Ein Dämpfen der Ofen ist ausgeschlossen, sie werden alle zu Bruch gehen. Die Folge ist, daß der ganze Betrieb stillgelegt werden muß. Durch die Schließung des Hüttenwerkes dürften über 7000 Arbeiter brotlos werden.

### Letzte Nachrichten.

#### Die Reichseinkommensteuer.

Berlin, 20. November. Das zur Vorlegung an die Nationalversammlung bestimmte Reichseinkommensteuergesetz bemittelt die steuerfreie Grenze des Einkommens auf 1000 M. Der steuerfreie Einkommensanteil erhöht sich für die erste zur

Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 Mark, für jede weitere um 300 M. Der Steuerertrag selbst beträgt; Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 1000 M. des steuerpflichtigen Einkommens 10 Proz., für die nächsten 1000 M. des steuerpflichtigen Einkommens 11 Proz. usw. bis 24 Proz., für die nächsten angefangenen oder vollen 2000 M. 25 Proz. usw. bis 29 Proz., für die nächsten angefangenen oder vollen 3000 M. 30 Proz. usw. bis 34 Proz. usw. Der Höchstjahrbetrag beträgt 60 Proz. (!)

**Die Ablieferung der Milchfäße.**

Wiesbaden. Wie hat die Wassenjillstandsverwaltung der Ablieferung der Milchfäße die einzelnen Kreise trifft, beweist zum Beispiel, daß der Landkreis Wiesbaden, der an beispiellose Milchknappheit leidet, 80 Milchfäße und die Stadt Wiesbaden selbst 8 Stück abliefern müssen. Die Bauern erhalten für jede abgelieferte Kuh nur 2400 M., während sie für die Eschfäße 4000 M. und mehr bezahlen müssen.

**Die amerikanischen Juristen verwerfen das Gerichtsverfahren gegen Wilhelm II.**

Safel. Der „Informant“ wird aus Paris gemeldet: Der Attorney-General, der aus Washington in Paris eingetroffen ist, erklärte, daß die amerikanischen Richter und Juristen ihr Urteil fast einstimmig dahin abgegeben haben, daß die Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen den ehemaligen deutschen Kaiser unzulässig und deshalb zu unterlassen sei.

**Sitzung des Kirchenvorstandes zu Dippoldiswalde am 13. November 1919.**

Nach Eröffnung der Sitzung legt der Vorsitzende, Herr Superintendent Michael, die neu eingegangenen Konfistorialblätter sowie ein Dankschreiben zur Kenntnisnahme vor.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung beschließt man nach den Vorschlägen des Finanzausschusses, dem angestellten Kirchenrechnungsführer 600 M. Beschaffungsbeihilfe zu bewilligen, zur Hälfte sofort zahlbar, zur anderen Hälfte bis Mitte Dezember d. J. Die anderweitige Regelung der Gehaltsverhältnisse soll später erfolgen. Weiter liegt eine Hypothekenangelegenheit vor, welche ebenfalls nach den Vorschlägen des Finanzausschusses ihre Erledigung findet. Eine Beschlusfassung über die Einföhrung des Reichsrechnungsjahres bei den kirchlichen Kassen — vom 1. April bis 31. März — wird, da noch keine Konfistorialverordnung gekommen ist, vertagt.

Punkt 2. Die Ergänzungswahlen des Kirchenvorstandes sind wieder vorzunehmen. Dieselben hätten eigentlich schon Ende 1916 vorgenommen werden müssen, sind aber, da wahlberechtigste Männer im Felde standen, bis nach Beendigung des Krieges verschoben worden. Sonach wäre jetzt die Wahlzeit für alle Kirchenvorsteher abgelaufen. Da jedoch eine volle Neubewählung des Kirchenvorstandes nicht rätlich erscheint, beschließt man nach der Konfistorialverordnung vom 18. 9. 1919 nur die Hälfte der Kirchenvorsteher auszuwählen zu lassen; die für sie neu zu wählenden Kirchenvorsteher wer-

den bis Ende 1922 ansetzen. Die andere Hälfte der Kirchenvorsteher scheidet im Jahre 1920 aus. Die diesjährige Ergänzungswahl findet Sonntag nach Weihnachten von vormittags 10 1/2 bis 1 Uhr im Konfirmandenzimmer der Superintendentur statt. Wahlberechtigt sind alle über 21 Jahre alten männlichen und weiblichen Mitglieder der Kirchengemeinde, die in die Wählerliste aufgenommen sind. Der Wahlauschuss setzt sich zusammen aus den Herren, die im Kirchenvorstand verbleiben. Als Vorsitzenden bestimmt man Herrn Superintendent Michael, als 1. Stellvertreter Herrn Baumelster Schmidt, als 2. Stellvertreter Herrn Dehret Unger.

Zu Punkt 3, Religionsunterricht betreffend, erstattet Herr Superintendent eingehenden Bericht. Um die Errichtung einer öffentlichen evangelisch-lutherischen Ortschule mit evangelisch-lutherischem Religionsunterricht zu erreichen, sollen ausführende Flugblätter an die Gemeindeglieder verteilt und Unterschriften gesammelt werden. Der Herr Vorsitzende bittet die Herren Kirchenvorsteher, zur Austragung der Blätter geeignete Personen namhaft zu machen.

Wegen des Kohlenmangels und der andauernden Kälte beschließt man einstimmig auf Wunsch des Herrn Superintendent Michael die Kinder Gottesdienste bis auf weiteres im Konfirmandenzimmer der Superintendentur abzuhalten. Von der Einladung zur Feier des 25jährigen Stiftungsfestes des Pfingsten Jungfrauenvereins nimmt man mit Dank Kenntnis und gewährt gern das Gotteshaus zur Abhaltung eines Festgottesdienstes.

Zum Schluß berichtet Herr Oberjustizrat Dr. Großmann über die neu angeordnete und bei der Kircheninspektion vorgelegene Friedhofsanordnung. Die Anzeigung, auch die Begräbnis- und Sühnenordnung neu aufzustellen, findet volle Zustimmung. Zunächst sollen nur Richtlinien gesammelt werden. Man bittet die Herren Pastor Wosen und Kantor Schmidt die diesbezüglichen Vorbereitungen zu übernehmen.

**Kirchen-Nachrichten.**

Letztsontag, den 23. November 1919. Trauerfeier zum Gedächtnis der Gefallenen. Text: Apostelg. 26, 24—32. Lied 621.

An diesem Tage findet hoher Anordnung gemäß eine Kollekte statt für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Dippoldiswalde. Vormittags 8 Uhr öffentliche Abendmahlsfeier mit Orgelspiel und Chorgesang: Sup. Michael. Vormittags 9 Uhr Gedächtnisgottesdienst für die Gefallenen: Pastor Wosen. Chorgesang: „Auf die gefallenen Heiden“ von Fr. Ragler. — Vormittags 11 Uhr Kindergottesdienst (1. Abteilung): Sup. Michael. Nachmittags 4 Uhr Gedächtnisgottesdienst in der Mikostkirche: Sup. Michael. — Litanei von Schubert, Sopran solo (Fr. Ruhfam). — Nachmittags 6 Uhr Abendmahlsfeier: Pastor Wosen.

Hennersdorf. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahl. Mikostkirche Schönfeld. Nachmittags 2 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahl. (Motette: „Aufstehst du“, Männerchor von A. Graun.)

Hüddendorf. Vormittags 1/2 9 Uhr Beichte. Vormittags 9 Uhr Hauptgottesdienst. Nachmittags 3 Uhr Liturgie Gottesdienst.

Johnsbad. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Chor: „Aufstehst, ja aufstehst!“ zweistimmiger Gesang von R. S. Graun. Nachmittags 1/2 2 Uhr Abendmahl.

Ripsdorf. Nachmittags 3 Uhr Predigtgottesdienst in der Schule:

Hilfsgeistlicher Müller. Nachmittags 1/2 5 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl: derselbe.

Kreißa. Vormittags 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Nachmittags 1/2 5 Uhr liturgischer Gottesdienst, Beichte und heiliges Abendmahl. Oels. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Darauf Kindergottesdienst. Nachmittags 5 Uhr heiliges Abendmahl.

Pollsdorf. Vormittags 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier: Pastor Borwert. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Nabeler. Nachmittags 5 Uhr Abendmahlsfeier: Pastor Borwert.

Reichstädt. Vormittags 1/2 9 Uhr Abendmahlsfeier. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Nachmittags 2 Uhr Abendmahlsfeier.

Rohlfahrtsgutmann. Vormittags 1/2 9 Uhr Beichte. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Ruppendorf. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Anschließend Abendmahlsfeier. Nachmittags 2 Uhr Abendmahlsfeier.

Sabisdorf. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Nachmittags 5 Uhr Abendmahlsfeier.

Schellerhau. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Anschließend Beichte und heiliges Abendmahl. Nachmittags 2 Uhr Abendmahlsfeier.

Schmieberg. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst: Hilfsgeistlicher Müller. Chorgesang: „Neben den Steinen“ von Wdt. — Nachmittags 5 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl: Pfarrer Bickner.

Sellersdorf. Vormittags 9 Uhr Kindergottesdienst. Nachmittags 2 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Abendmahlsfeier.

**Sprechsaal.**

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Der Sprechsaal-Artikel in Nr. 266 „Wie lange noch?“ hat denn doch in gar manchem recht sehr daneben. Etwas selber herausgegriffen. Es heißt da: „Auch der kleinste Landwirt sagt sich heute: Sollst du dich mit undraufbaren ... Leuten abplagen, wenn dir nichts mehr verbleibt als wertlose Papierscheine?“ Es wird also zunächst auch vom Einsender zugegeben (was übrigens allgemein bekannt ist), daß dem Landwirt überhaupt etwas „verbleibt“. Damit ist er dem Nichtlandwirt gegenüber in einem großen Vorteil, denn dem verbleibt (mit Ausnahmen) nichts dank der hohen Preise in erster Linie aller Lebensmittel. Der Einsender hat jedenfalls noch nie Veranlassung gehabt darüber nachzudenken, was es für einen Hausstand bedeutet, wenn die notwendigen Lebensmittel im Preise um das 4., 5., 6., 10., ja 15fache steigen! Und nun die „wertlosen Papierscheine“. Ja, was soll die Verbraucher dem Landwirt anderes geben als Papierscheine? Er erhält ja für seine Arbeit auch nichts anderes und hat deshalb nichts anderes. Will sich der Einsender vielleicht auf den Standpunkt mancher unserer Feinde stellen: Ich verlange für meine Waren Gold; anders gebe ich Sie nicht her. Das würde in diesem Falle bedeuten: Für Papierscheine liefere ich nicht mehr, da müßt du eben hungern! Der Landwirt braucht nicht zu hungern, denn — so heißt es in dem Artikel weiter — „keinen bescheidenen Lebensunterhalt trägt keiner Hände Arbeit auch dann noch, wenn alles andere wertlos geworden ist.“ Dieser Satz zeigt die wahre Liebe für Abfassung des Artikels: Egoismus! Und zwar in seiner nacktesten Form: Wenn ich nur habe! — Auf diese Art aber trägt man jedenfalls nicht zur Besserung der Verhältnisse bei, im Gegenteil.

Landwirtschafter, 21 Jahre alt, bisher in der elterlichen Wirtschaft tätig.

**Sucht Stellung auf größ. Gut**

als Wirtschaftlerin oder als Stütze der Hausfrau bei Familienanschluß zum 1. Januar 1920. Beiseit erteilt die Geschäftsstelle d. Bl.

**Ein Schuhmacherjunge**

für sofort gesucht. Max Kühnel, Schuhmacher, Cunnersdorf bei Glashütte.

**Ein älteres Schulmädchen als Aufwartung**

für nachmittags gesucht. Zu erf. in der Geschäftsstelle d. Bl.

**Hausmädchen**

welches meilen kann, für Neujahr auf mittleres Gut gesucht. Off. u. L. O. an die Geschäfts- u. L. d. Bl. Vortragsfolgen druckt Jehne.

**Hafer, Heu und Schüttstroh**

sowie Thymothestroh kauft zu höchstem Tagespreis Martin Walther.

**Bisitenkarten & Zehne.**

Fensterleder, Parfettwachs, Lederfett, Wagenfett empfiehlt Max Arnold, an der Post.

**Bisitenkarten**

druckt Buchdruckerei C. Jehne.

**1 Schaufelpferd**

zu kaufen gesucht Markt 81. Drucksachen für jedermann liefert sauber und rasch Carl Jehne.



**Freiwillige Feuerwehr Dippoldiswalde**

Die Mitglieder werden gebeten, sich an dem gemeinsamen Kirchgang am Totensonntag der gefallenen Kameraden recht zahlreich zu beteiligen. Stellen 1/2 9 Uhr im „Stern“. Gute Uniform. Das Kommando.

**Südf. Militär-Berein Dippoldiswalde.**

Am Totensonntag findet Truergottesdienst für die Gefallenen statt. Ich bitte um zahlreiche Teilnahme. Heil, Vorstand.

**Die höchsten Preise für rohe Häute**

und Felle zahlt Bernh. Arnold, Lohgerberei, Gerberplatz.

**Schlacht-pferde**

kauft Hermann Scharf. Telefon 80. Im Notfall sofort zur Stelle.

**Heu**

sucht zu kaufen

**Maschinenfabrik Dippoldiswalde E Böhme**

Maschinenöl Ia, hell

Lederfett in bester Qualität

Stauferfett

Dioleumwachs empfiehlt

Max Arnold, Dippoldiswalde, gegenüber der Post. Einladungsarten druckt Jehne

**Empfehle**

in meiner Filiale in Ripsdorf für das kommende

**Weihnachts-Fest**

mein reichhaltiges Lager an Uhren, Gold- und Silberwaren, optischen Artikeln, Taschenlampen und Batterien, Nähmaschinen und Fahrrädern, Grammophons und Platten.

Reparaturen werden fachgemäß ausgeführt.

**Artur Hille, Uhrmacher, Altenberg**

.. und Filiale Ripsdorf. ..

**Ia Motoren- Ia Maschinen- Ia Centrifugen-**

**Oel**

**Ia Leder- und Ia Wagen-**

**Fett**

empfehlen zu Tagespreisen

**Moritz Klotz, Seilerei, „Roter Hirsch“.**

**Ueberseeischer Tabak,**

angenehm mild, feinstes Aroma, Mittel- und Feinschnitt das Pfd. 24 bis 30 M. Regensburger Schmalzer in Etanil 25 Pfg. Zigarren — Zigaretten empfiehlt

**R. Zimmermann, Dippoldiswalde,**

Zigarren-Spezial-Geschäft. Geöffnet von 8 bis 7 Uhr, Fernruf 98. Von heute ab stellen wir eine Auswahl

**vorzügliche Milchkuhe,**

hochtragend und frischmelkend, zu billigsten Preisen bei uns zum Verkauf. Antaufsbefehligung ist vorzulegen.

**Hainsberg. Emil Kästner & Co.**



Nach kurzem, aber schweren Leiden verschied ganz unerwartet am Donnerstag nachts 3 Uhr unser treuer, sorgender Vater, Großvater, Schwager und Onkel, Herr Landwirt und Fuhrwerksbesitzer **Karl Ernst Donath** (beteten von 1866, 1870/71 im 75. Lebensjahre, den 21. November 1919. Die trauernden Hinterbliebenen.) Die Beerdigung findet Montag nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

**Jugendverein „Edelweiß“ Wendischcarsdorf.** Sonabend den 22. November. **Jugendfränzchen.** Anfang 7 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet der Vorstand. Gäste durch Mitglieder eingeführt sind herzlich willkommen. **Zurnverein „Jahn“, Dippoldiswalde.** Nächsten Sonntag abends 1/2 8 Uhr im Gesellschaftszimmer zum „Roten Hirsch“ **Vortragsabend. — Gesellige.** (Ergählungen unserer zurückgekehrten Gefangenen). .. Hierzu ladet alle Vereinsangehörige und Damen aufs herzlichste ein!

Die Mitglieder sämtlicher Vereine und Kriegsteilnehmer Reichstädt werden gebeten, sich an der Totensonntag den 23. November in heiliger Kirche stattfindenden Gedächtnisfeier für die Gefallenen und Vermissten unserer Gemeinde recht zahlreich zu beteiligen. Stellen 1/2 9 Uhr im niederen Gasthof. Die Vorstände der Vereine Reichstädt. **Kasino Reinhardtsgrimma u. Umg.** Sonabend den 22. d. M. abends 8 Uhr **Versammlung.** Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet d. B. **Schreibmaschine,** neue oder geb. Rappell, Ivesal, Rexrobes oder ähnl. zu kaufen gesucht. Wenn gut erhalten, zahle bis 1000 Mark. W. S. Köhler, Dresden, Rüdlichstraße 1. **Ein Stamm 1,2 junge Peking-Enten** verl. Niedertraudsdorf Nr. 32.